

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise sind die Auswirkungen eines entfesselten Finanzkapitalismus und die beispiellosen staatlichen Rettungsaktionen weltweit Gegenstand von Grundsatzdebatten. Vielleicht erstmals seit dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaften und der uneingeschränkten Dominanz des Wirtschaftsliberalismus beschäftigt uns ernsthaft die Frage: Wie lässt sich das System gestalten, dass auch ethische und moralische Grundsätze unserer Gesellschaft zur Geltung kommen? Diese Frage lässt sich allerdings nicht alleine mit dem oft hörbaren Ruf nach einem verantwortungsvollen Verhalten von Managern beantworten. Es ist vielmehr entscheidend, sich mit den zentralen Ursachen der Krise auseinanderzusetzen.

Als mögliche Gründe für die Finanzkrise nennen Experten die neuen komplexen Instrumente der Finanzmärkte, die sich bewusst den bestehenden Bilanz- und Kontrollregeln entzogen haben. Falsche Anreize führten zu unvernünftig risikoreichen Investitionen mit hohen Bonuszahlungen, ohne dass die Risiken von den Akteuren selber getragen werden mussten. Die amerikanische Notenbank hat dann mit ihrer Niedrigzinspolitik und einer massiven Ausweitung des Kreditvolumens diese Exzesse begünstigt. Als weiterer Faktor muss aber auch das Versagen der staatlichen Aufsichtsbehörden erwähnt werden.

Was es braucht, um die Ursachen der Krise zu reparieren, sind weltweit koordinierte staatliche Rahmenbedingungen, um einen fairen Wettbewerb zum Wohle der Gesellschaft zu garantieren. Wir können nicht weiterhin lediglich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes verweisen. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und der Marktwirtschaft sollte darauf abzielen, dass konsequent Kompetenzen und Haftung in einer Hand liegen. Oder anders gesagt: Wer Gewinne erzielt, muss auch - und dies ohne staatliche Schutzschirme - für die Verluste einstehen. Denn die risikogetriebene ungehinderte Bereicherung Einzelner auf Kosten der Gesellschaft, beschädigt elementare Grundwerte, wie Solidarität und Vertrauen. Es geht hier letztendlich um den sozialen Frieden der bedroht ist, wenn es uns nicht gelingt, die derzeitigen Missstände zu beseitigen. Es ist zu wünschen, dass der Atem der politischen Verantwortlichen ausreicht, um die notwendigen Korrekturen vorzunehmen und die Grenzen neu zu setzen. Die neusten Ankündigungen von Bonuszahlungen durch die vom Staat geretteten Unternehmen dämpfen allerdings diese Hoffnung.

Neben den notwendigen ordnungspolitischen Massnahmen braucht es bei den Führungskräften der Wirtschaft, bei Arbeitnehmer und Konsumenten wieder ein stärkeres Gespür für Angemessenheit und Gerechtigkeit. Wir benötigen eine Rückbesinnung auf ethische Werte, die unserem Handeln eine Richtung geben. So gesehen bietet die Krise auch eine Chance: Die kritische Reflexion der eigenen Werthaltungen, des eigenen Konsumverhaltens. Wohin fließt unser Geld und welche Wirkungen erzielt es? Wir können mit dem Kauf von nachhaltigen Produkten aus fairem Handel und der Anlage unseres Geldes, beispielsweise in Umweltprojekte, Akzente setzen. Auf diese Weise würde das Geld wieder mehr den Menschen dienen - und nicht umgekehrt.